



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN

A-1011 Wien, Stubenring 1
DVR 37 257
Fernschreib-Nr. 111145 reggeb a, 111780 reggeb a
Telefax 713 79 95, 713 93 11
Telefon 0222/71100 Durchwahl
Name/Tel.-Klappe des Sachbearbeiters:

Geschäftszahl 12.010/12-Pr/A/3/94

Mag. Perger/5014

An das
Präsidium des Nationalrates
Parlament
1016 W i e n

Bitte in der Antwort die
Geschäftszahl dieses
Schreibens anführen.

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl. 63	-GE/19 pg
Datum:	8. NOV. 1994
Verteilt	10. Nov. 1994

Bundesgesetz mit dem das Beamten-
Dienstrechtsgesetz 1979 (2.BDG-Novelle 1994),
das Vertragsbedienstetengesetz 1948, das
Gehaltsgesetz 1956 u.a. geändert werden;
Ressortstellungnahme

Dr. P. Müller

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten beehrt sich, in der Anlage 25 Ausfertigungen seiner an das Bundeskanzleramt gerichteten Stellungnahme zum Entwurf des im Betreff ersichtlichen Bundesgesetzes zu übermitteln.

25 Beilagen

Wien, am 7. November 1994

Für den Bundesminister:

Dr. PFEFFER

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN

A-1011 Wien, Stubenring 1
DVR 37 257
Fernschreib-Nr. 111145 regeb a, 111780 reggeb a
Telefax 713 79 95, 713 93 11
Telefon 0222/71100 Durchwahl
Name/Tel.-Klappe des Sachbearbeiters:

Geschäftszahl 12.010/12-Pr/A/3/94

Mag. Perger / 5014

An das
Bundeskanzleramt

W i e n

Bitte in der Antwort die
Geschäftszahl dieses
Schreibens anführen.

Bundesgesetz mit dem das Beamten-
Dienstrechtsgesetz 1979 (2.BDG-Novelle 1994),
das Vertragsbedienstetengesetz 1948, das
Gehaltsgesetz 1956 u.a. geändert werden,
Ressortstellungnahme
zu Zl. 920.196/4-II/A/6/94 vom 27.9.1994

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten beehrt
sich, zu dem im Gegenstand genannten Gesetzesentwürfe folgende
Stellungnahme abzugeben:

Zu Art.I Z.29:

Gemäß Z. 3.23 der Anlage 1 Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 in der
Fassung des Bundesgesetzes BGBl.Nr. 665/1994 umfaßt die Tätigkeit
als Partieführer die Beaufsichtigung und Leitung einer Bedienste-
tengruppe, der Facharbeiter angehören. Durch den vorliegenden
Gesetzesentwurf sollen diese Voraussetzungen dahingehend ver-
schärft werden, daß ein Partieführer die Verantwortung für die
praktische Umsetzung von Planvorgaben trägt und eine oder mehrere
Gruppen von Facharbeitern und anderen Arbeitern beaufsichtigt und
leitet.

Nach dieser Formulierung ist es somit zwingendes Erfordernis, daß
der Gruppe neben Facharbeitern zusätzlich auch andere Arbeiter
angehören. In jenen Fällen, in denen der Gruppe ausschließlich
Facharbeiter angehören, wären somit die Voraussetzungen für die
Tätigkeit als Partieführer nicht erfüllt. Ein solches Ergebnis
wäre nicht gerechtfertigt. Überdies erscheint die Wendung "oder
mehrere (Gruppen)" entbehrlich, zumal ja schon durch die Beauf-
sichtigung und Leitung bloß einer Gruppe die Erfordernisse er-
füllt sind.

- 2 -

Es wird daher vorgeschlagen, die in Rede stehende Bestimmung wie folgt zu fassen:

"Ein Partieführer trägt die Verantwortung für die praktische Umsetzung von Planvorgaben und beaufsichtigt und leitet eine Bedienstetengruppe, der Facharbeiter angehören."

Zu Art.I Z.31:

Gemäß Anlage 1 Z. 5.4 lit.d Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl.Nr. 665/1994 gilt als Richtverwendung in der Grundlaufbahn der Facharbeiter, der in einem anderen als dem erlernten Lehrberuf tätig ist, und gemäß lit.e der Bedienstete mit Facharbeiteraufstiegsprüfung, der im betreffenden oder in einem verwandten Lehrberuf tätig ist. Gemäß Z. 5.7. der Anlage 1 leg.cit. ist Ernennungserfordernis für Facharbeiter die Erlernung eines Lehrberufes gemäß Z. 3.13. lit.c und Verwendung im erlernten Lehrberuf.

Zufolge Z. 31 des vorliegenden Entwurfes soll in der Z. 5.7. - im Hinblick auf den Widerspruch zu Z. 5.4. lit.d - die Wendung "und Verwendung im erlernten Lehrberuf" richtigerweise entfallen. Nach ho. Auffassung müßte aber auch der Ausdruck "lit.c" ersatzlos gestrichen werden, zumal die lit.d der Z. 5.4 auf Bedienstete, welche einen Lehrberuf gemäß Z. 3.13. lit.a oder b erlernt haben, Anwendung findet.

Dem Präsidium des Nationalrates werden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme übermittelt.

Außerhalb der Stellungnahme zum vorliegenden Gesetzesentwurf darf auf folgendes hingewiesen werden:

Durch die Verordnung BGBl.Nr. 598/1994 (des ho. Ressorts wurde in einem allfälligen Begutachtungsverfahren nicht befaßt) wurde die Verordnung des Bundesministers für Verkehr über die Grundausbildungen für die Besoldungsgruppe "Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung", BGBl.Nr. 139/1984, dahingehend geändert, daß die Bediensteten der Verwendungsgruppe C in Schwachstromabteilungen des Bundesbaudienstes nicht mehr vom Geltungsbereich dieser Verordnung erfaßt sind (§ 1 Absatz 4 leg.cit.).

- 3 -

Da diese Bedienstetengruppe andererseits auch vom Geltungsbereich der Verordnung über die Grundausbildung für die Verwendungsgruppe C, BGBl.Nr. 518/1979, ausgenommen ist (§ 1 Absatz 1 Z. 8), besteht keine Rechtsgrundlage mehr, um sie der Grundausbildung unterziehen zu können. Überdies ist die Verordnungsermächtigung in der Anlage 1 Z. 8 zweiter Satz Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 nicht mehr korrekt.

Es wären daher folgende Änderungen notwendig:

1. Anlage 1 Z. 3.8. zweiter Satz Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 zu lauten:

"Die Erlassung von Verordnungen über die Grundausbildung für die in der Z. 3.6. angeführten Verwendungen im fernmeldetechnischen und im posttechnischen Dienst in der Post- und Telegraphenverwaltung obliegt abweichend vom § 24 Absatz 5 dem Bundesminister für Verkehr im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler."

2. Im § 1 Absatz 1 Z. 8 der Verordnung über die Grundausbildung für die Verwendungsgruppe C, BGBl.Nr. 629/1989, hätten die Worte "und in Schwachstromabteilungen des Bundesbaudienstes" und - sofern die dargestellten Überlegungen auch auf die in Rede stehenden Verwendungen im Bereich des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst zutreffen - auch die Worte "oder in Schwachstromabteilungen im Bereich des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst" zu entfallen.

Wien, am 7. November 1994

Für den Bundesminister:

Dr. PFEFFER

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

